

Postulat der SVP-Fraktion vom 25. August 2009 betreffend Schaffung einer Einheitspolizei im Kanton Aargau

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Zusammenführung der Kommunalpolizeien mit der Kantonspolizei zu einer kantonalen Einheitspolizei oder, sollte dies noch nicht möglich sein, weitere Schritte zur Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit zu prüfen und dadurch die Sicherheit des Kantons ohne Kostenfolge zu erhöhen.

Begründung:

Die nicht aus sachlichen, sondern aus rein monetären Gründen entstandene zweiteilige Polizeiorganisation bewährt sich nicht. Zu den bekannten Kompetenz- und Koordinationsproblemen sind jetzt noch personelle Unzulänglichkeiten dazugekommen. Ohne dem Untersuchungsergebnis vorgreifen zu wollen, bringt der Vorfall in Zofingen die Schwachstellen des dualen Systems ans Licht. Der Imageschaden wiegt schwer. Ein Sicherheitsdienst mit einer Hauptpolizei und mit 18 Nebenpolizeien unter 18 verschiedenen Chefs und 18 verschiedenen vorgesetzten Behörden kann nicht funktionieren. Die Zeit- und Ressourcenverluste durch zahllose Absprachen, Meldungen, Kompetenzdiskussionen führen zwangsläufig zu Sicherheits- und Qualitätsdefiziten. Die Kantonspolizei kann ihrer Leadfunktion unter den gegebenen Verhältnissen nicht ausreichend gerecht werden.

Nur Dank der meist sehr guten Leistungen der Polizistinnen und Polizisten treten die organisatorischen Mängel vorderhand nur vereinzelt an den Tag. Sie werden von der Bevölkerung noch wenig erkannt. Daher kommt auch das gute Resultat der Umfrage. Früher oder später wird sich das ändern. Wir dürfen aber nicht warten, bis es so weit ist, sondern wir müssen jetzt handeln.

Um die polizeilichen Aufgaben effizient, schlagkräftig und ohne Reibungsverluste bewältigen zu können, braucht die Polizei eine einheitliche Führungsstruktur. Beim heutigen System verpuffen zu viele Kräfte. Es verbraucht zu viel Koordinationsaufwand und verursacht gesamthaft zu hohe Kosten. Wir können, als für die Gesetzgebung verantwortliche Volksvertreter, nicht darauf hoffen, dass sich das Ganze schon noch einspielen wird. Dafür sind die offensichtlichen Mängel zu gross. Das Aargauer Volk hat ein Recht auf einen höheren Sicherheitsertrag seines Steuerfrankens.
